

Ä1 Keine Kürzungen bei den DVB! Den attraktiven Nahverkehr in Dresden erhalten und ausbauen

Antragsteller*in: Martin Sicker (KV Dresden)

Änderungsantrag zu A9

Nach Zeile 39 einfügen:

9. Als Bündnisgrüne setzen wir uns für die faire Teilhabe aller Menschen am ÖPNV sowie ein soziales Tarifgefüge im VVO ein. In Dresden wollen wir Menschen, die nachgewiesen sozial bedürftig sind und deswegen Anspruch auf den Dresden-Pass haben, weiterhin mindestens 33% Rabatt auf ein Monats-Abo der DVB oder das Deutschland-Ticket gewähren.

Begründung

Losgelöst vom Haushalt für Verkehr wird im Stadtrat das Sozialticket im Haushalt für Soziales finanziert. Mit dem Dresden-Pass, auf den man in Dresden als nachweislich sozial bedürftige Person Anspruch hat, z.B. weil man Wohngeld bezieht, erhielt man bisher 50% Ermäßigung auf die Abo-Monatskarte der DVB, oder das Deutschland-Ticket. Ein drohender Wegfall dieses Rabatts würde wohl 40 bis 50% weniger Abonnent*innen für die DVB aus dieser Kundengruppe bedeuten. Das Recht auf Teilhabe am ÖPNV wäre für viele Menschen nicht erfüllt.

In ihrer Sitzung am 4. Februar mit den fachlich zuständigen Stadträt*innen der Grünen Fraktion haben sich die AGen für Soziales sowie für Migration / Integration daher für mindestens 33% Ermäßigung für Dresden-Pass-Inhaber*innen ausgesprochen. Damit wäre sichergestellt, dass z.B. eine prekär beschäftigte Person mit Wohngeld-Anspruch nicht weniger Ermäßigung erhält, wie Inhaber eines Job-Tickets welche jedenfalls 30% Rabatt auf den Fahrpreis erhalten. Gleichzeitig kommen wir Bündnisgrüne damit unserer Forderung aus dem Kommunalwahlprogramm für die Stadtrats-Legislatur bis 2029 (auf S. 18) nach: "Wir wollen den Zugang zum Dresden-Pass und zu seinen Angeboten auf dem heutigen Niveau dauerhaft sichern, einschließlich der Möglichkeit, ein deutlich ermäßigtes Deutschland-Ticket zu erhalten."

Darüber hinaus fehlt in der öffentlichen Debatte, auch um die Petitionen für den ÖPNV-Erhalt und um ein Bürgerbegehren, die Perspektive der Fahrgäste und ob sich alle die Fahrt im ÖPNV zukünftig leisten können. Hier für soll die vorgeschlagene Ergänzung von Nr. 9 im Antrag ein Bekenntnis sein: Bündnis 90/Die Grünen machen Verkehrspolitik für alle Menschen!

Unterstützer*innen

Torsten Hans (AG Soziales); Ulrike Caspary (AG Move)